

Ciudad de los Santos

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierjährlich 3.00, einzelauf 50 Pf. Zl.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 48
Telegraphen-Nr. 926

Die Einzelgagenbühr beträgt für die sechsgepaltene Zeitung über
Kron 35 Pf., Verhörmungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pf.,
ausdrückliche Anzeigen 15 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen
bis 9 Uhr vormittags; frühere oder später, in der Expedition abgegeben werden.

pte. 100

Dienstag, den 30. April 1918

25. Jahrg.

Arbeitsstammern und § 153 der Gewerbe-Ordnung.

Von Carl Legien.

Dem Reichstag gingen zwei Gesetzentwürfe zu, die für die Arbeitnehmerschaft von größter Bedeutung sind. Der eine umfaßt nur wenige Zeilen. Er bringt die bedingungslose Aufhebung des § 153 d. G. O., d. h. die Beseitigung eines ausnahmerechtlichen Zustandes für die um eine höhere Lebenshaltung kämpfende Arbeiterschaft. Da auch die Begründung des Entwurfes kurz und sachlich gehalten, so ist über ihn nichts weiter zu sagen. Dagegen aber über dem Gesetzentwurf, der die Jahrzehntealte Forderung nach einer öffentlich-rechtlichen Vertretung der Arbeitnehmerschaft erfüllen soll. Mehrere Vorlagen wurden im Reichstag schon zweimal beraten. Zuletzt im Jahre 1910. Die Kommission des Reichstages beschloß die Ausdehnung der Geltung des Gesetzes auf die Eisenbahnbetriebe und die Wahlbarkeit der Arbeitssekretäre für die Arbeitskammern. Beides lehnte die Regierung ab und ließ den Gesetzentwurf fallen, der so weit vorbereitet war, daß er in wenigen Stunden im Reichstag hätte erledigt werden können.

Die gemeinsame Not der Arbeitnehmerschaft während des Krieges veranlaßte deren Vertretung ohne Rücksicht auf abweichende politische und religiöse Anschauungen bei Arbeiterfragen gemeinsam zu handeln. So auch in der Frage der öffentlich-rechtlichen Vertretung der Arbeitnehmerschaft. Als die Frage der Schaffung von Arbeitskammern aktuell wurde, arbeiteten die Zentralstellen der Arbeiter- und Angestelltenverbände einen Gesetzentwurf aus. Nach diesem sollte die gesamte Arbeitnehmerschaft, einschließlich der im Landwirtschaft und im öffentlichen und privaten Dienst tätigen, in die Arbeitskammern einbezogen werden. Diese sollten nicht beruflich, sondern territorial gegliedert werden. Die Arbeitnehmerschaft sollten zur Vertretung ihrer besonderen Interessen Abteilungen in den Arbeitskammern errichtet werden. Das waren die wesentlichsten Abweichungen von dem Gesetzentwurf, wie er nach den Beschlüssen der Reichstagskommission im Jahre 1910 gestaltet war. Der Entwurf der Arbeitnehmerschaft wurde den zuständigen amtlichen Stellen, dem Reichstag und Bundesrat übermittelt und in einer Sitzung im Reichswirtschaftsamt mündlich begründet. Berücksichtigung haben die Wünsche der Arbeitnehmerschaft in dem vorliegenden Regierungsentwurf nicht gefunden. An den amtlichen Stellen ist das vor dem Kriege übliche System beibehalten worden. Man hört die Wünsche der Arbeitervertreter, um sie nicht zu erfüllen eder in den Gesetzesvorlagen das Gegenteil von dem zu bringen, was der Arbeitnehmerschaft dient. Die furchtbaren Ereignisse des vier Jahre währenden Weltkrieges haben in die müffige Luft der Amtsstuben keinen frischen Zug gebracht.

Hätte die Regierung den Gesetzentwurf, wie er nach den Beschlüssen des Reichstages 1910 gestaltet worden ist, wieder eingebraucht, so könnte man zu ihrer Entschuldigung sagen, daß sie seine glatte Erledigung erwarten konnte, weil eine Uebereinstimmung der Mehrheitsparteien gegeben war. Sie hat ihn jedoch eingeschränkt und verschlechtert. Die sachliche Gliederung ist beibehalten, und auch die Bestimmung, daß die Arbeitskammern nur für die Gewerbezweige zu errichten sind, für die ein Bedürfnis hierfür besteht. Das Arbeitsgebiet der Arbeitskammern soll nach dem Entwurf etwas erweitert werden. Sie sollen bei der Hausarbeit durch Abgabe von Gutachten und direkte Einwirkung auf die Beteiligten da regelnd eingreifen, wo die nach dem Hausarbeitsgesetz vorgesehenen Fachausschüsse nicht errichtet sind. Bestehen solche Fachausschüsse, so können sie zu Abteilungen der Arbeitskammern gemacht werden. Weiter haben sie als neue Aufgaben zugewiesen erhalten, die Pflege des jugendlichen Nachwuchses und die Mitwirkung bei dem Abschluß von Tarifverträgen und der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte und andern durch den Krieg in Arbeitslosigkeit geratene Personen. Die Arbeitskammern haben ferner für ihren Bezirk ein Einigungsamt zu errichten. Der Vorsitzende der Arbeitskammer soll auch Vorsitzender des Einigungsamtes sein, das aus zwei Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter gebildet wird, die von der Arbeitskammer aus ihren Mitgliedern zu wählen sind. Die Organisation der Einigungsämter und das Einigungsverfahren, deren Einzelheiten hier weniger in Betracht kommen, stehen hinter den durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen gleichartigen Einrichtungen wesentlich zurück. Die weiteren neuen Bestimmungen in dem Gesetzentwurf beziehen sich auf die vorstehend genannten neuen Aufgaben.

Fortgesetzen ist in dem Entwurf die „Abteilung für Angestellte“, die 1910 eingefügt war. Dafür wird im § 1 bestimmt: „Für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker (Titel VII Abschnitt III b der Gewerbeordnung), für Handlungsgehilfen und Handlungslehrjunge und für deren Arbeitgeber werden Angestelltenkammern durch Reichsgesetz errichtet.“

Es wiederholt sich die alte Methode. Anstatt die Vertretung der Arbeitnehmerschaft einheitlich zu gestalten, sucht man die Arbeiter von den Angestellten zu trennen, obgleich deren Interessen gegenwärtig mehr denn je die gleichen sind.

chen sind. Das gilt auch von der Gestaltung dieses Teiles des Arbeiterrechtes in einem Gesetz. Der von den gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbänden ausgearbeitete Gesetzentwurf sollte auch die Organisation und die Tätigkeit der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse regeln, so wie es im Hilfsdienstgesetz geschehen ist. Dann wäre ein einheitlicher Aufbau der Vertretung der Arbeitnehmer schaft gegeben. Der Hinweis darauf, daß hierdurch Bestimmungen der Gewerbeordnung berührt werden, kann nicht gelten. So gut, wie der Regierungsentwurf infolge der Organisation des Einigungswesens durch die Arbeitskammer eine Änderung des Geworbegerichtswesens bringt, hätte er auch eine solche der Gewerbeordnung enthalten können. Da es nicht geschehen, hat weniger seinen Grund in der Beschiedenartigkeit des Stoffes, als in der Rücksichtnahme auf die Unternehmer. Diesen ist die Vereinheitlichung des Arbeiterrechtes ebenso unangenehm, wie ihnen die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse verhaft sind, die mehr sein wollen als ein Wohlfahrtsgremium für die Unternehmer.

als ein Wohlfahrtsauszug für die Unternehmer.

Das Reichsamt, dem die Regierungsvorlage zu danken ist, hätte jedoch nicht so offenkundig seine Liebe für die Unternehmerorganisationen bekunden sollen, wie es bei den Bestimmungen über die Wahlbarkeit der Sekretäre von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Fall ist. In der vom Reichstag 1910 behandelten Gesetzesvorlage war diese Bestimmung sehr unklar und vieldeutig. In dem Entwurf der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ist folgende unzweideutige Fassung enthalten: „Wähler sind auch solche Personen, die mindestens ein Jahr als Vorsitzende oder Angestellte wirtschaftlicher Organisationen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer tätig sind und im Bezirk der Arbeitskammer wohnen.“ In der Regierungsvorlage finden wir die vieldeutige Fassung des Gesetzentwurfs von 1910 wieder, daneben für die Arbeitgeber den Vorschlag, den die Arbeitnehmerorganisationen unparteiisch für beide Interessentengruppen gemacht hatten. Dieser Teil des § 16 der Regierungsvorlage lautet: „Außerdem sind wählbar solche Personen, die wenigstens drei Jahre hindurch den Gewerbezweigen, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, als Arbeitgeber oder Arbeiter angehören und seit mindestens einem Jahre im Bezirke der zuständigen Arbeitskammer wohnen, ferner als Arbeitgeber auch solche Personen, die mindestens ein Jahr in Vorsitzende oder Beamsche beruflicher Vereine der Arbeitgeber derjenigen Gewerbezweige tätig sind, für welche Arbeitskammern errichtet sind, und im Bezirke der zuständigen Arbeitskammer wohnen.“

Die Sekretäre der Unternehmerorganisationen, die den Beruf, dessen Vertretung sie übernommen haben, günstigerfalls aus der Berufsliste des Statistischen Amtes kennen und für die Arbeitskammern wählbar. Vorsitzende und Angestellten der Gewerkschaften, die ausnahmslos aus dem B

ruf hervorgegangen sind, den die Organisation vertritt, wird dieses Recht nicht gewährt.

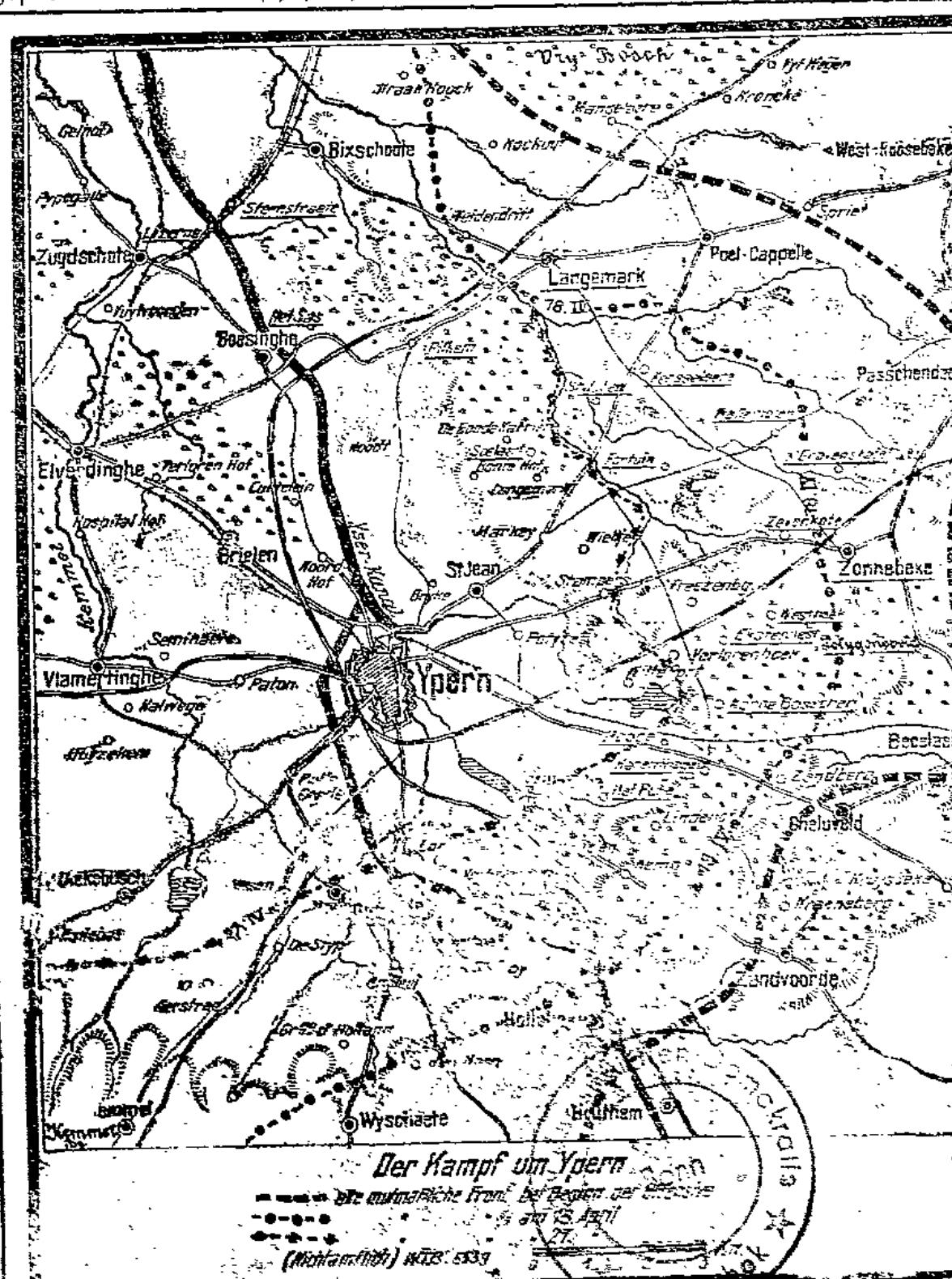
finden die Unternehmer der Privatindustrie in der Vorlage eine so liebvolle Berücksichtigung, so dürfen die Unternehmungen des Reiches und der Einzelstaaten nicht zurückstehen. Nach § 6 der Regierungsvorlage gelten als Arbeiter und Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes auch die Arbeiter und Arbeitgeber der Eisenbahnunternehmungen und der Betriebe des Reiches, der Bundesstaaten, Gemeinden oder Kommunalverbände, wenn die Betriebe als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen wären. Für die Verkehrsanstalten des Reiches und der Bundesstaaten bringt die Vorlage jedoch einen besonderen Paragraphen. Nach diesem können durch Beschluß des Bundesraths die Arbeiterausschüsse dieser Anstalten zu Arbeitsfamiliern erklärt werden. So unverständlich wie diese Abtrennung, ist auch der Inhalt des sehr umfangreichen Paragraphen des Gesetzentwurfs, wenigstens für diejenigen, die es unmittelbar angeht. Es wird wohl der Auslegung einer wohlmeinenden Behörde bedürfen, um den Eisenbahner klar zu machen, daß sie Rechte nach dem Gesetz haben, sie aber nur im Sinne dieser Behörde ausnützen können.

Diese künstliche Trennung hat selbstverständlich Komplikationen bei der Regelung des Einigungsverfahrens zur Folge. Diese hätten jedoch nicht dazu dienen dürfen, ein kleines Streitverbot für die bei den Eisenbahnen und bei der Post Beschäftigten in das Gesetz einzuschmuggeln. Der Versuch wird bei § 45 des Gesetzentwurfs gemacht, dessen Absatz 2 lautet:

"In Reichs- und Staatsbetrieben der Eisenbahnen und der Post, in denen weder eine Betriebseinstellung noch eine gemeinsame Arbeitsniederlegung zulässig ist, können die Einigungsämter der Arbeitskammern bei Streit über die grundsätzliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen angerufen werden."

Dank unserer unter agraristhem Einfluß stehenden Organisationen für die Nahrungsmittelversorgung kann man im vierten Kriegsjahr „hintenherum“ vieles erhalten. Warum soll sich der preußische Eisenbahnminister nicht auf dem gleichen Wege das kleine Streitverbot verschaffen, in der Hoffnung, das große später zu erhalten. Das ist die Moral der Zeit, die Wirkung des gewaltigen Geschehens der Weltgeschichte. — In einem kleinen Nebensatz soll das Unrecht, das den Eisenbahnhern mit Koalitionsverböten und Reversen zugefügt worden ist, gesetzliche Anerkennung finden.

Der Gesetzentwurf wird wesentliche Umgestaltungen erfahren müssen, wenn er den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft entsprechen soll. Es ist anzunehmen, daß die Regierung selbst nicht daran glaubt, der Reichstag werde diese Vorlage als eine Einlösung der wiederholt und feierlich gegebenen Versprechungen ansehen.



Die Räume im Gernbogen.

Im Opernboogen hat die deutsche Infanterie auch am 28. April ihre vordersten Linien an mehreren Stellen vorgeschoben. Dabei wurden aufs neue zahlreiche Gefangene eingebrochen, mehrere Geschüze sowie erhebliche Munitions- und Mundvorräte erbeutet. Nach dem bisher kalten Wetter warde es auch in Flandern erheblich wärmer. Die Stimmung der Truppe ist nach den letzten großen Erfolgen ausgezeichnet. Es bestätigt sich immer mehr, daß die feindlichen Verluste in den letzten Tagen, vor allem bei den in der englischen Front eingeschobenen Französen außergewöhnlich hoch waren. Englische und französische Gefangene gaben ihre große Beifürzung über die für unmöglich gehaltene Einnahme des Kemmelberges durch die Deutschen offen zu erkennen.

Deutscher Abendbericht.
W.E.S. Berlin, 29. April, abends. (Amtl.)
Nördlich von Kemmel haben sich heftig
Schlachten entwickelt.

Der englische Heerbericht vom 29. April morgens besagt: "Vernachmittag wurde ein als in Entwicklung begriffen gemeldeter feindlicher Angriff in der Nähe von Doker durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer abgeschlagen. Die schwere Beschießung mit hochgradigen Explosiv- und Gasgranaten wurde morgens vom Feind an der ganzen Front von Westeren bis Voormezeele eröffnet. Infanterieangriffe befinden sich in der Entwicklung beobachtet. Die feindliche Artillerie zeigte während der Nacht große Tätigkeit von der Scarpe bis Leus zwischen Givencq und dem Walde von Dieppe. Durch eine erfolgreiche Unternehmung, die wir letzte Nacht aus-

Während wurde der vom Feind in der Nacht zum 26. eroberte Posten in der Nähe von Festubert von uns wieder genommen und dabei über 50 Gefangene gemacht und 3 Maschinengewehre erbeutet. Bei erfolglosen Vorstößen südlich von Albert und in der Nähe von Neuville-Vitart wurden gleichfalls eine Anzahl Gefangene und 4 Maschinengewehre eingefangen.

Was der Krieg bringt

Die deutsche Taktik.

Barzini berichtet aus Paris dem "Corriere della Sera": Die Deutschen haben seit Verdun ihre Taktik geändert. Anstatt sich auf die Erreichung eines vorgefügten unmittelbaren Ziels zu versteifen, strecken sie hier und dort ihre Führer aus, um an der Stelle, wo der Feind nahe ist, ohne eigene Verluste ihre Erfolge auszudehnen. Hält der Feind stand, so versetzen sie einstweilen, um dort mit ihren Massen alles zu über schwemmen, wo der Feind zurückweicht. Und so, wie sie es mit der Verfolgung ihrer taktischen Ziele machen, jagen sie es auch mit ihren strategischen Zielen zu halten. Ihre gegenwärtigen Unternehmungen scheinen darauf auszugehen, erst die schwächste Stelle des Feindes für eine große Offensive zu suchen, ferner den Feind durch verhältnismäßig kleine Stöße zu einer Verbrauchung seiner Reserven zu nötigen und durch Eroberung wichtiger feindlicher Stellungen eigene Frontverbesserungen zu erlangen, die ihnen zum Losbrechen der eigenen Offensive von Nutzen sind.

Der künftige russische Gesandte in Wien über den Frieden von Brest-Litowsk.

Kemanev, der ehemalige russische Friedensdelegierte und künftige Vertreter Russlands in Wien, hat einem französischen Journalisten seine Auffassung über den Frieden von Brest-Litowsk mitgeteilt. Sein Urteil wird am 14. April im "Populaire", einem Blatte der französischen sozialistischen Minderheit, veröffentlicht. Es ist für die Beurteilung verschiedener Fragen, die sich auch für die deutsche Sozialdemokratie mit diesem Frieden verknüpfen, wichtig, daß wir es wiedergeben:

Bei unserer Ankunft in Brest-Litowsk wurden wir von den Deutschen sehr höflich empfangen. Die damaligen Friedensbedingungen hätten uns erlaubt, unser Gebiet und unsere Artillerie zu retten. Wir hatten zu viele Gruppen. Wir wollten nicht den Verbündeten gegenüber sofort einen Sonderfrieden abschließen. Während dreier Monate haben wir die Verhandlungen hingezogen, um unserer Propaganda Zeit zu lassen, sich in Deutschland zu verbreiten. Es war eine Domäne von uns, drei Monate hindurch die Unterzeichnung des Friedensvertrages abzulehnen, ohne daß wir ein Heer hinter uns hatten. Wenn man uns zwang, ohne eine wirkliche organisierte Armee zu kämpfen, so war das gleichbedeutend mit der Auslieferung unserer Gefangen, Geschütze und Munition. Sobald die Deutschen merkten, daß wir die Verhandlungen in die Länge zogen, änderte sich ihr Ton. So liebenswürdig und vorrecht man in den ersten Tagen war (denn man wollte die Maximalkosten nicht durch demütigende Bedingungen erniedrigt sehen), so anmaßend wurde der Ton, als sie Trotsky von der Revolution in Deutschland sprechen hörten. „Die Leute“, sagten sich unsere Gegner, „finden nicht herzefommen, um Frieden zu schließen, sondern um Aufruhr zu fördern.“

Der Wiener Bericht.

Wien, 29. April, (Amtlich)
In den venezianischen Bergen stellenweise Artilleriekämpfe.

Die Lage in Finnland.

"Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Aus Wasa wurde gedroht, daß die Fortschritte der bürgerlichen Truppen auf allen Fronten, besonders an der Ostfront, anhalten, so daß die Rote Garde bald vollständig besiegt werde. Die Führer der Revolutionäre entstanden am letzten Freitag eine Übereinkunft unter der Führung des früheren Landtagspräsidenten Männer, die um Einleitung der Friedensverhandlungen ersuchte, was jedoch abgelehnt wurde, da ihre unbedingte Unterwerfung gefordert wird.

Die "Weisen" wollen also ansehnend blutige Kämpfe an den Roten nehmen. Was sagen die Deutschen hierzu?

Die Kämpfe in der Ukraine.

Der Anmarsch der Deutschen und Ukrainer gegen Rossow (Dor) wird fortgesetzt. Es wird berichtet, daß bei Zaporosch im Gouvernement Tschekaterinoslaw Kampfe stattfinden. Die Stadt soll geräumt sein.

Die Gebietsansprüche Bulgariens.

Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Ein Teil der neutralen Presse brachte die Meldung, daß Bulgarien Salontiki verlangt und durch seine unangiebige Haltung den Gang der Verhandlungen in Buarestan verzögerte. Diese Nachricht ist falsch. Bulgarien warf die Frage von Salontiki nicht auf, und indem es sich stift auf den Boden der Rechtsverträge stellt, bestreitet es dem Friedensverträge keinerlei Hindernisse. Angedachten sind auch förmliche, zu böswilligen Zwecken an diese Nachricht gefüllten Kommentare vollständig unbegründet.

Zur Wiedereröffnung der Pariser Friedensverhandlungen rückte die Militärverwaltung drei Abteilungen, je eine für Deutschland, Österreich und Ungarn ein, mit der Aufgabe, den Handel zu unterstützen durch Ausfüllung, Nachweis greifbarer Ware, Vermittlung von Betreibern und ähnliches. Die volle Freiheit des Handels bleibt unbehindert.

Die Lage in Russland

wurde von Trotsky in einem Brief, den er in einem Petersburger Klub-Saal hielt, nach der "Rissova Strana" wie folgt beschrieben: Unter den Fragen des gegenwärtigen Augenblicks spielt die Nachstellung der Regierung keine Rolle mehr, denn die Periode, in der die Rote Armee ihr Anwachsen zu erkennen war, ist überwunden. Alle Gegner des Proletariats und der freien Bauernschaft sind von uns besiegt oder doch sonst aufgedrängt worden, daß sie nicht mehr bestehen werden, sofern wieder ihr Haupt zu erhalten. Zugleich darf unsere Lage nach nicht als eine gesiegte und zuverlässige einzufassen, angeknüpft an den allgemeinen Erfolg, den das Jahr gezeigt hat. Die heutige Tatsache ist jedoch fest, daß die Ergebnisse der vergangenen Schlachten, deren Ergebnisse uns vertrieben und den Zusammenbruch des gesamten Weltkriegs herbeigeführt haben. Der Regierung soll

jetzt die bedeutungsvolle Aufgabe zu, daß sie sich ihrer erlangten Macht würdig zeige und sie kräftige. Es ist unbedingt notwendig, eine genaue Übersicht über die Bodenschätze des Reiches zu gewinnen, über die vorhandenen Kapitalien und an die zielbewußte Bewertung und Ausnutzung aller natürlichen Reichtümer heranzutreten. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft ist nicht erlahmt, sondern willkürlich und katastrophal zurückgedämmt worden. Durch eine strenge Disziplin muß sie aufs neue belebt werden. Ein Ehrentribunal ist einzusetzen, von dem all diesen Elementen der Arbeiterschaft unerbittlich ausgestoßen werden, die während der Arbeitsstunden Trägheit oder einen Missbrauch des Materials und der Arbeitsgeräte sich zu schulden kommen lassen.

Seien wir ganz ehrlich: wer sind die Führer der Arbeiterschaften heute? Teils anständige, opferbereite und überzeugte Leute, die jedoch nichts gelernt haben und kaum des Pfeils und Schreibens mächtig sind, teils aber alle Abenteurer, Schwätzer und Wühler, die aus jeder Wandlung der Zeit Vorteil ziehen und sich eine Stellung machen wollen. Diese müssen ohne jedes Misstrauen über Bord geworfen werden als Schädlinge der Gesellschaft und erstere müssen zunächst etwas lernen. Die an allen Enden erfolgende Sabotage hat ihren Grund darin, daß die Regierung außer Spezialität befasst, die sie nicht findet und statt ihrer Ingenieure, Arzte, Buchhalter u. dergl. wählen muß, die nichts anderes tun als Meuterer von gestern, die den Fall der Kommissariate erwarten und daraus sogar ihre Hoffnung ziehen. Es wird jedoch mehrfach von einem Kompromiß der Regierung mit der Bourgeoisie gesprochen. Das beruht auf einem grundlosen Irrtum, denn wir sind durchaus nicht dazu geneigt. Wir wollen vielmehr vorwärts schreiten auf der Bahn, die zur Verwirklichung unserer Prinzipien führen kann.

Der "Exchange Telegraph" meldet aus Kopenhagen, daß während der letzten Tage keine Telegramme aus Petersburg eingetroffen sind. Nach Berichten aus Finnland sind in Petersburg erstmals Unruhen ausgebrochen im Zusammenhang mit einer Gegenrevolution. Jedoch steht fest, daß der Transport russischer Soldaten aus Finnland am 26. April eingestellt wurde als Folge des Zusammensetzen in Petersburg.

Aus Petersburg wird vom 28. gemeldet: In der Gegend von Petroski, einem Ausflugsort bei Petersburg, wurden am 22. April zwischen Roten und Weißen Garde gekämpft.

Befreiende Amnestie in Groß-Rußland.

Der "Tempo" berichtet aus maximalistischen Kreisen, eben habe die Absicht, am kommenden 15. Mai aus Anlaß des 100. Geburtstages von Karl Marx ein allgemeines Amnestiedekret zu erlassen, durch das die Mehrzahl der Gefangenen und politisch Verurteilten begnadigt würde. Mehr als 300 000 Personen würden durch die Maßnahme die Begünstigung der Begnadigung erlangen.

Großes Opfer der französischen Epizootie?

Das höchste Pariser Kriegsgericht hat die Untersuchung über eine neue Spionagesaffäre eröffnet. Es handelt sich um den Marquis de Ceuville, über den folgende Angaben gemacht werden: Der Marquis, als Sohn eines Franzosen und einer Spanierin in Spanien geboren, war vor dem Krieg Ingenieur bei Krupp und hatte das erste deutsche U-Boot, das auf der Germaniawerft in Kiel vom Stapel gelassen wurde. Er kam Ende Juli 1914 nach Frankreich und diente seine Ansprüche auf die französische Staatsangehörigkeit geltend, und diente bei einem Artillerieregiment, wo er in kurzer Zeit Wachmeister wurde. Bald wurde er aber zur Erprobungsreserve entlassen. Das Pariser Zivilgericht hat auf Antrag des Justizministers keine Naturalisierung für ungültig erklärt.

Freies Geleit für die Getreideschiffe der Schweiz.

Aus Bern, 29. April, wird amtlich gemeldet: Die Verhandlungen zwischen der schweizerischen und der deutschen Regierung in der Frage des freien Geleits für die schweizerischen Getreideschiffe sind zum Abschluß angelangt. Laut einem soeben eingetroffenen Bericht wurde gekündigt in Berlin ein Abkommen unterzeichnet, wonach alle mit Gewalt oder anderen Lebens- und Todesmitteln für die Schweiz beladenen Schiffe freies Geleit genießen, sofern sie nach See oder einem neutralen Hafen fahren und die Sperrzone meiden. Für die Transporte können neutrale wie auch deutschfeindliche Schiffe verwendet werden. Um insbesondere leicht fennlich zu machen, sind im wesentlichen folgende Bestimmungen getroffen worden:

1. Jedes Schiff muß an beiden Seiten und auf den Bordwänden auf schwarzem Grunde ausgemalt die weiße Aufschrift „Schweiz“ tragen.

2. Jedes Schiff muß an beiden Bordwänden die schweizerische Landesflagge als Neutralitätsabzeichen möglichst groß ausgemalt haben. Das Abzeichen ist nichts zu beleuchten.

3. Jedes Schiff muß Tag und Nacht am Vormast die schweizerische Flagge führen.

Ferner ist jedem Schiff ein Gesetzeschein mitzugeben, worin bestätigt wird, daß das Schiff keine andern als in den Ladungsschriften angegebenen Waren an Bord hat. Neben der schweizerischen Flagge führen die Schiffe die Flagge des Landes, dessen Gesetzgebung sie unterstehen. Sie führen also nicht unter der Schweizer Flagge, sondern legieren dies lediglich als Erkennungszeichen. Die deutschen Seestreitkräfte werden von dieser Vereinbarung sofort bestreikt und die erforderlichen Weisungen erhalten. Darauf wird nach Ablauf einer Frist von drei Monaten mit Sicherheit daraus gerechnet werden kann, daß sämtliche in Betracht kommenden Seeschiffshaber im Besitz der Institutionen sein werden, kann die deutsche Regierung vor Ablauf dieser Frist keine Gewalt für die unbedingt sichere Fahrt übernehmen. Immerhin darf angenommen werden, daß die meisten U-Boote durch Funkspuren verständigt werden können. Daher ist die Gefahr für unsere Schiffe auch in den nächsten drei Monaten relativ gering. — Es ist zu hoffen, daß diese, dank dem Entgegenkommen der deutschen Regierung möglich gewordene Regelung wesentlich dazu beitragen werde, die Versorgung unseres Landes, die täglich größeren Schwierigkeiten bezüglich, zu erleichtern.

Rückblick des Wolffschen Bureaus: Wie wir ja der vorliegenden Meldung hören, ist die Abrede als Teil des Wirtschaftsabkommen gebrochen, über dessen übrigen Inhalt zurzeit noch in Bern verhandelt wird. Sie soll daher für die Dauer des Wirtschaftsabkommen gelten. Sie ist jedoch bereits vorher abgeschlossen. Auch die Befehle des Admiraltätsstabes an die Seestreitkräfte sind schon erlassen worden, damit die Versorgung der Schweiz mit Getreide keine Verzögerung erleidet. Die zukünftige Weiter-

gestaltung der Abrede ist aber von dem Abschluß des Wirtschaftsabkommen in Bern abhängig gemacht worden. Bei dieser Gelegenheit soll auch besprochen werden, unter welchen Bedingungen freie Fahrt für andere als die bisher genannten Warengruppen gewährt werden kann. Die Aussage bedeutet eine Er schwerung unserer Seefriedführung, die wir im Interesse der Schweiz auf uns nehmen. Um uns gegen die Ausnutzung unserer Zugeständnisse durch die Entente zu sichern, wird die schweizerische Regierung sich von sämtlichen seafahrenden Ententestaaten Sicherheit verschaffen, daß weder die vereinbarten Abzeichen noch die Geleitscheine missbraucht werden. — Hoffentlich tragen die gewährten Erleichterungen zu der wirksamen Förderung der Versorgung der Schweiz mit Nahrungs- und Futtermitteln bei. Dazu wird es notwendig sein, daß von der Entente die Transporte von Cetze nach der Schweiz nicht ungebührlich verzögert und unsere Zugeständnisse nicht dazu missbraucht werden, Lagerbestände in Cetze zu schaffen.

Der englische Handreich gegen Seebrüder.

Die englische Admiralität teilt mit: Unsere Verluste bei der Unternehmung an der belgischen Küste am 23. April sind folgende: Offiziere gefallen 16, an ihren Verwundungen gestorben 3, vermisst 2, verwundet 29. Mannschaften gefallen 144, an Verwundungen gestorben 25, vermisst 14, verwundet 355.

Sperrung der englischen Häfen?

Der "Tempo" meldet aus London: Die englischen Häfen sind seit Dienstag früh gesperrt. Es gehen in London und Paris Gerüchte um von bevorstehenden wichtigen Ereignissen zur See. Die römische "Italia" berichtet, daß zwischen den alliierten Kabinetten bereits die Frage eines neuen Winterfeldzuges erörtert wird. Die Entscheidung wird die Entente-Kriegskonferenz in Versaille bringen. Der allgemeine Stand der Kriegslage läßt die Erfüllung der Ententeziele in diesem Jahr noch nicht sicher erscheinen.

Elyod George bleibt der Alte.

In einem Vortrag zu seinen gesammelten Kriegsreden sagt Elyod George: Ich habe nie als geglaubt, daß der Krieg ein kurzer Krieg sein würde, aber daß wir in irgendeiner geheimnisvollen Weise durch Verhandlungen oder Verständigung Europa von der böswilligen Militärautokratie befreien könnten, das diese in Unterwerfung und moralischen Tod nieder zu treten bemüht ist. Ich war stets der Ansicht, daß die Maschine, die nach Aufrichtung ihrer despatischen Herrschaft über Seele und Leib ihrer Opfer sie organisierte und ins Gemetzel trieb, um ihre Herrschaft auf die ganze Welt ausdehnen, nur vernichtet werden würde, wenn sich die freien Völker stark und standhaft genug zeigten, diesen Anschlag in Waffen niederzuringen. Die Ereignisse der letzten Wochen müssen es jedem denkenden Menschen deutlich gezeigt haben, daß es fernerhin keinen Raum für eine Verständigung zwischen den Idealen gibt, für die wir und für die unsere Feinde kämpfen. Demokratie und Autokratie ringen auf den Tod miteinander, und die eine oder die andere wird ihre Macht über die Menschheit befestigen. Die klare Verantwortung dieses Ziels ist es, die in den kommenden Brüllungen unsere Stärke sein wird. Ich zweifle nicht, daß die Freiheit triumphieren wird. Aber ob sie bald triumphieren wird oder erst nach den letzten höchsten Anstrengungen in den nächsten Monaten oder ob es ein lang hin ausgängiger Todesskampf sein wird, hängt von der Kraft der Selbstauflösung ab, mit der die Kinder der Freiheit und namentlich jene hinter der Front sich dem Kampfe hingeben. Es ist keine Zeit für sorglose Aufschub oder Erörterung. Der Ruf ist geboten, die Wahl ist klar. Es ist die Pflicht jedes reifen Bürgers das Seinige zu tun."

Mit den Freiheitsphrasen, die der englische Premierminister im Munde führt, hat er den Friedenswillen immer wieder gesetzelt und immer neues Gemetzel herausfordert, das kein Ende nehmen wird, so lange er am Ruder ist.

Zentrale Schätzung der englischen Verluste.

Das "Berner Tageblatt" kommt nach eingehender Berechnung der englischen Verluste seit Beginn der deutschen Offensive zu folgendem Ergebnis: ... Man kommt daher, ohne Optimismus zu sein, auf englische Abgänge von 145.000 Vermissten 122.000 Toten und 307.000 Verwundeten, zusammen 604.000 Männer. Das ist ein Verlust für die englische Armee, die bei 62 Divisionen die Hälfte ihres Bestandes ausmacht. Die Schlacht ist sehr blutig für den Verlierer, weil es eine Offensivschlacht ganz anderen Typs ist, als die früheren. Die Zahl der feuernden deutschen Geschütze ist so groß, daß sie überraschend alles eindecken und keine Lücke zulassen, während die Deutschen bei der mehrjährigen Belagerung nicht zu überrreffen waren und viele Verluste erlitten konnten. Diese deutliche Offensive trägt also den Charakter der Vernichtungs-Offensive in jeder Hinsicht. Die Zahl der englischen Verluste zeigt es deutlich.

Englischer Bericht über ein Gegefecht mit österreichischen Berserken.

(Reutermeldung.) Die Admiralität teilt mit: Am 22. April, 9 Uhr 30 Minuten abends, ließen im Adriatischen Meer zwei unserer Berserker auf fünf österreichische Berserker und verwickelten sie in ein Gefecht. Der Feind floh nach dem bestreiten Hafen Durazzo, wobei er von britischen Berserkern, die durch weitere fünf britische und einen französischen Berserker verstärkt waren verfolgt wurde. Die Jagd dauerte bis nach Mitternacht an. Dann ging die Fährt mit dem Feinde verloren. Um alle beiden Berserker, die die lehr überlegenen feindlichen Seestreitkräfte angriffen, erlitten nur unerheblichen Schaden. Unsere Geamtverluste sind sieben Toten, neunzehn Verwundete. Der dem Feinde zugutegeführte Schaden ist unbekannt.

Notiz des Wolffschen Bureaus: Es wird auf den amtlichen Bericht des k. u. k. Flottenkommandos verwiesen.

Sidonio Paes zum Präsidenten von Portugal gewählt.

Sidonio Paes wurde in allgemeiner direkter Abstimmung zum Präsidenten der Republik gewählt.

Sidonio Paes ist der frühere Mathematikprofessor und nachherige portugiesische Gesandte in Berlin, dem es vor einigen Monaten gelungen ist, die radikale, absolut England ergebene Regierung Afonso Costa und danach auch den Präsidenten Bernardino Machado zum Rücktritt zu zwingen. Machado wurde gleich darauf des Landes verwiesen. Als Ministerpräsident hat Paes der Entente gegenüber eine vorsichtige, den tatsächlichen Verhältnissen Portugals Rechnung tragende Haltung eingenommen. Seine Wahl ist aber zum mindesten keine Sozialkundgebung für die Entente.

Anteilige Bewegung in Portugal.

Humanité weist in einem Bericht auf die anteilige Bewegung in Portugal hin. Armees und Marine sind disorganisiert, allgemein herrscht Kriegsmüdigkeit. "Comercio do Poro" erklärt die Regierung, die Portugal für England am Kriege teilnehmen ließ, für verbrecherisch. Das Blatt "Odia" nimmt dem Verlangen, den Artikel des "Comercio" öffentlich anzuschlagen, zu. "Monarquia" hofft auf den baldigen Zusammenbruch dieses neuen Karthagos. Das französische Sozialistenblatt hebt besonders hervor, daß die angeführten portugiesischen Blätter als Regierungsorgane gelten.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 29. April. (Amtlich.) Deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote versenkten im Sperrgebiet des Mittelmeeres 5 Dampfer und 2 Segler von zusammen rund 23 000 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versunkenen Schiffen befanden sich der französische bewaffnete Dampfer "Liberia" (1942 Brutto-Register-Tonnen), ein großer bewaffneter Transportdampfer mit zwei Schornsteinen sowie ein italienischer Segler mit 700 Tonnen Eisen für Genua.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Nationalliberalen und das preuß. Wahlrecht.

Wie die "National-Zeitung" berichtet, trat gestern vor mittag 10 Uhr die national liberale Landtagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, die bis in die späten Nachmittagsstunden anhielt. An der Sitzung nahmen u. a. auch Staatsminister Dr. Friedberg und Unterstaatssekretär Schiffer teil. Bei vorgenommenen Probeabstimmungen ergab sich eine Mehrheit von zweieinhalb Stimmen für das gleiche Wahlrecht. Auch der neue Kompromißantrag Dr. Lohmann wurde ausgiebig diskutiert, ohne jedoch die Wahlrechtsfreunde in der Fraktion von ihrem bisherigen Standpunkt abbringen zu können. Besonders gegen den letzten Absatz dieses Antrages wurden Einwände erhoben und es wurde darauf hingewiesen, daß es hier im Belieben des Arbeitgebers stände, jeweils einen Angestellten nach 9½ Jahren durch Entlassung seiner Zusatzstimme zu beraubten.

Der vorerwähnte Kompromißantrag Lohmann ist von Plathmann, Fuhrmann und Dr. Haeser mitunterzeichnet und lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

§ 8 fsg. wie folgt zu fassen.

Jeder Wähler hat eine Grundstimme.

Eine Zusatzstimme erhält entweder

a) wer in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie, Gewerbe, Handel oder im freien Berufe selbstständig oder als leitender Beamter oder sonstiger Geschäftsführer seit mindestens einem Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahr an gerechnet tätig ist, oder

b) wer mehr als 10 Jahre (einschließlich der Militärdienstzeit) vom vollendeten 25. Lebensjahr an gerechnet im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schulenamt hauptamtlich angestellt ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amt entfernt worden ist, oder

c) wer mehr als 10 Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahr an gerechnet als Mitglied einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechtes oder in deren Verwaltung bzw. räumlich oder ehrenamtlich tätig ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amt entfernt worden ist, oder

d) wer als Angestellter oder Arbeiter seit mehr als 10 Jahren vom vollendeten 25. Lebensjahr an gerechnet in demselben Betriebe tätig ist."

Dieser Antrag ist nur als ein Anfang zu denken. In Falle seiner Annahme würden die Wahlrechtsgegner wahrscheinlich weitere "Maßnahmen zur Milderung der größten Schädigungen" des gleichen Wahlrechts vorschlagen.

Strafantrag gegen die "Alldutschen Blätter".

Wie die "Norddeutsche Allgemeine Zeit." meldet, stellte der Reichskanzler gegen die "Alldutschen Blätter" wegen des Artikels "Zur Reinigung unseres öffentlichen Lebens" in Nr. 17 vom 24. April, Strafantrag.

Alldutsche Vaterlandskriebe.

"Wir stehen im Begriffe im Innern mehr und gründlicher zu zerstören, als uns auch der glorreichste Kriegsausgang je wieder einbringen und wettmachen kann." So wehlt ein bekanntes alldutsche Organ, die "Unabhängige National-Korrespondenz", wegen der bevorstehenden Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. Alles steht der glorreichste Endtag und die Erfüllung der weitestgehenden Beutehessungen entschädigte die Schwerindustrie nicht genug für eine kleine Verbesserung des Koalitionsrechtes. Das steht ganz auf der Stufe des "berühmten" Wortes von Oldenburg-Janischau: "Wenn das gleiche Wahlrecht in Preußen kommt, haben wir den Krieg verloren."

Zus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 30. April.

Die Höchstpreise für Verbrauchszauber sind vom Polizeiamt nach einer Bekanntmachung in unserer heutigen Ausgabe abermals um 2 Pfennig pro Pfund erhöht worden. Die Zuckerfabriken haben schon bei den bisherigen Preisen so glänzende Geschäfte gemacht wie nie in Friedenszeiten. Zu der abermaligen Besteuerung des Zunders, die nicht nur in Lübeck erfolgte, bemerkte unser in Magdeburg, also in der Zuckergegend erscheinendes Parteiorgan: Dieses wichtige, leider nur in sehr knapper Rationen zugeführte Nahrungsmittel hat damit einen Preis erreicht, wie ihm wohl kaum jemals eine Haushalt im Zuckerlande Deutschland für möglich gehalten hätte. Es wird aber gewiß dabei noch gut nicht bleiben. Man hat den Preis für Zuckerrohr beständig gesteigert und ihn auch für dieses Jahr höher festgesetzt als im vorherigen. Damit wollte man die Produktion steigern. Der Anbau ist aber trotzdem beständig zurückgegangen. Im Frieden erhielten die Rübendauern für den Zentner Zuckerrohr 80 bis 90 Pf. Im vorherigen Jahre war der Preis bereits auf 2,50 Pf. gestiegen; in diesem Jahre ist er vom Bundesrat auf 3 Pf. heraufgesetzt worden, und trotzdem prophezeit in der "Täglichen Rundschau" ein Zuckerindustrieller eine - Zuckerstatistik. Er führt aus, in den Provinzen Polen und Westpreußen wäre, nach Aussage einer Umfrage, schon ein Rückgang der Rübendauern um etwa 20 v. H. eingetreten, selbst wenn ein Rübelpreis von 3,50 Pf. bewilligt worden wäre. Jetzt werde man einer Rückgang von 40 v. H. in Rechnung stellen müssen, da jede andere Feld zu nicht höhere Erdträge verspreche als die Zuckerrohr. Weil man sich von dem größeren System der W.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 30. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern entwickelten sich in einzelnen Abschnitten heftige Infanteriekämpfe. Nördlich von Woormezee und Grote Bierstraat nahmen wir mehrere englische Gräben. Bei Vole in die feindlichen Linien eindringende Sturmabteilungen stießen mit starken französischen Gegenangriffen zusammen. Verlauf dieser Kämpfe konnte sich der Feind in Vole festsetzen. Seine Versuche, über den Ort hinaus vorzudringen, scheiterten. Die tagsüber starke Artillerieaktivität dehnte sich auf dem ganzen Gebiet des Kemmel aus und hielt bis zur Dunkelheit an.

An der übrigen Front blieb die Geschäftigkeit auf Erkundungen und zeitweilig anscheinend Artilleriefeuer beschränkt.

Mazedonische Front.

Zwischen Wardar und Doiransee brach ein nach mehrtagiger Artillerievorbereitung erfolgter feindlicher Vorstoß vor unseren Linien zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Reizpreise nicht trennen kann, wird man gewiß für nächstes Jahr noch höhere Preise festsetzen. Erfolg für den Konsum wird es zwar nicht bringen, aber man kann damit wieder andere Preissteigerungen begründen. In diesem Jahr wird aber gewiß der Verkaufspreis für Zucker noch höher steigen, weil Knappheit zu erwarten ist. Ubrigens treten Zuckergrashandlungen auch für eine Erhöhung der Zuckerverbrauchsabgabe ein. Sie würden nämlich dabei ein sehr gutes Geschäft machen, denn ihr Gewinn wird prozentual berechnet, würde also steigen, wenn durch erhöhte Abgabe an das Reich der Preis sich erhöhte. Es wird ihnen berechnet, daß einer von Zucker-Grashandlungen befürworteten Erhöhung der Verbrauchsabgabe von 7 Pfund auf 10 Pfund das Reich jährlich 700 Millionen gewinnen würde. Der Verkaufspreis würde zwar auf 50 bis 55 Pf. pro Pfund steigen, aber der Gewinn der Grossisten würde sich etwa verdoppeln. Die Rechnung ist klug, fragt sich nur, ob man doch nicht gewisse Grenzen für solche Schlechten sehen muß. Die bisherige Zuckerpolitik berechtigt freilich Produzenten und Großhändler zu den höchsten Hoffnungen. Nur die Konsumen haben auch hier das Nachsehen.

Das Ende des Dugend. In nicht allzu ferner Zeit werden wir von einer alten geworzenen Gewohnheit Abschied nehmen müssen, die diesen Krieg nicht überdauern wird. Das metrische System, das sich bei den Mäzen und Gewaltaten im Deutschen Reich fast vollkommen durchzusetzen wußte, hat jetzt seinen letzten Gegner zur Strecke gebracht. Das Dugend, nach dem wir so lange und auf so vielen Gebieten zu reden gewohnt waren, muß verschwinden und an seine Stelle tritt das Zehnt, nach dem wir fortan werden rechnen müssen. Wir werden in seinem Geschäft mehr ein Dutzend oder ein halbes Dutzend Taschen, Hand- oder Veintücher und Krägen kaufen können, sondern der Verkäufer wird uns freilich fragen, ob wir ein Zehnt, ein halbes Zehnt oder vier Zehnt haben wollen. In dem neuen Zolltarif wird zum erstenmal diese neue metrische Bezeichnung erscheinen. Dann werden die Dinge, die man bisher zu Dutzenden gerechnet hatte, die neue Padung nach Zehnten erfähren müssen. Freilich erleichtert uns der jetzt hergehende Zwang der Bezugsherrschaft ganz wesentlich die Abhäufung des alten Dutzend, denn auch der jüngste Zuckerhändler der es früher für eine Beleidigung gehalten hätte, daß er weniger als ein Dutzend verkaufen sollte, ist deswegen geworden und verkauft mit gleichem Eifer jetzt auch ein oder zwei Tücher, die zu verkaufen ihm der Bezugsherr erlaubt. Und da auch in absehbarer Zeit das Dugend oder das halbe Dutzend der aufgeführten Gegebenheiten eine kaum erreichbare Menge sein wird, werden wir lange Zeit haben, um von der jetzigen "Einheit" zum Zehnt der Zukunft aufzusteigen. Mit dem Dutzend fällt natürlich auch das Gros (12 Dutzend).

Karlsruhe Wohnungen und Kündigungsrecht des Mieters. Bei Mängeln an Mietwohnungen, welche dieselbe unbrauchbar machen, ist der Mieter, wie das Reichsgericht in einer seiner letzten Entscheidungen anerkannt hat, nicht verpflichtet, sofort von seinem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen, vielmehr kann er eine gewisse Zeit verstreichen lassen, um festzustellen, ob die Mängel für ihn extraktiv sind oder nicht. Daraus, daß der selbe zum Beispiel ruhestörenden Lärm aus einem unter seiner Wohnung befindlichen Fleischereibetrieb acht Monate geduldet hat, ohne Abhilfe zu verlangen oder mit fristloser Kündigung zu drohen, darf der Vermieter nicht den Schluß ziehen, er habe sich dieses Rechtes besegeben, denn er habe davor befürchtet, daß die Geräusche extraktiv seien. Vielmehr hat der Mieter das Recht, erst einmal auszuprobieren, ob er es in den Mieträumen auf die Dauer aushalten kann ...

Ausweichslag von Feuerzeugen. Amtlich wird gemeldet: Die Bekanntmachung vom 26. März 1918 betr. Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Messing, Nickel, Aluminium, Zinn usw. verlangt den Ausbau und die Lieferung aller Stücke, die entweder oder leicht ersehbar sind. Dabei wurden die Griffe von Waschverschlüssen an Türen anlässlich ausgenommen. Inzwischen hat sich jedoch die Notwendigkeit herausgestellt, auch diese Griffe in die Enteignung einzubeziehen. Sie sind deshalb den mit der Durchführung der Bekanntmachung beauftragten Behörden mit zu melden. Es empfiehlt sich, den Ausbau und die Ablieferung aller abnehmbaren Feuerzeugen nicht aufzuschieben.

Aenderung der Meldepflicht für Platin. Für Platin besteht neben der allgemeinen Beischlagsnahme eine Verpflichtung zur fortlaufenden Bestandsmeldung auf Grund der Bekanntmachung vom 1. September 1918. Nach dieser Bekanntmachung waren bisher die Bestände an Platin der Klassen 51-56 fortlaufend alle 2 Monate unter Innehaltung einer Einreichungsfrist bis zum 15. des betreffenden Monats an die Metall-Mobilmachungsstelle zu melden. Durch die 1. Nachtragsbekanntmachung vom 30. April 1918 zur Bekanntmachung sind die Meldestimmungen dahin geändert worden, daß künftig die Bestände an Platin nur noch alle 6 Monate zu melden sind und die nächste Bestandsmeldung demzufolge nach dem Stande vom 1. September 1918 mit einer Einreichungsfrist bis zum 15. September 1918 fällig ist. Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist bei den Polizeipräsidien einzusehen.

Wohnbewegung der Werstarbeiter. In einer von der Zentralstelle der Werstarbeiter Deutschlands (Sitz Hamburg) in das Hamburger Gewerkschaftshaus einberufenen Zusammenkunft von Vertretern der organisierten Werstarbeiter, die von allen in Betracht kommenden Werftorten bestellt waren, wurde einstimmig beschlossen, angesichts der fortwährenden, sich immer mehr steigernden Spannung zwischen Arbeitsverdienst und den Preisen für die notwendigen Bedarfssachen des täglichen Lebens den Werftbehörden abwehrend eine Forderung auf Gewährung einer Teuerungszulage zu unterbreiten. Die Zentralvorstände der betreffenden Organisationen wurden mit der Einreichung der Forderungen, die sich im wesentlichen mit denen im Herbst 1917 aufgestellt haben, in erster Linie die Erhöhung der Entgelte, Löhne und Abhöpfe und eine genaue Festlegung der Vergütungen für Überstunden und Nachtarbeit verlängern, an die Werftbehörden beauftragt.

Neben den Prinzipielen werden, wie schon mitgeteilt, auch nichtamtliche Feldpostbüros über 50 Gramm (Päckchen) an die Truppenangehörigen der Westfront und des Großen Hauptquartiers sowie an Haarsanghörtige im Generalgouvernement beliefern und in Betreuung von jetzt ab wieder annehmen. Sie

Einverständnis mit der Heeresverwaltung wird indes dringend davor gewarnt, mit diesen Päckchen und Paketen leicht verderbliche Nahrungsmittel ins Feld zu schicken.

Die Lübecker öffentliche Trinkfürsorgestelle hatte nach ihrem Bericht für 1917 in diesem Jahre nur sehr wenig zu tun. Vor allem ging der Verbrauch und damit auch der Missbrauch geistiger Getränke infolge ihrer Knappheit und Besteuerung weiter zurück. Der Trinkauf ist es jetzt einfach nicht möglich, wie von sich reden zu machen. Diese Fälle sind im letzten Jahre überhaupt nicht bei der Stelle gemeldet. Die Gefangenenziffer, mit denen wir uns seit Beginn unserer Tätigkeit (1. Dezember 1916) befaßt haben, beträgt nach wie vor 332, darunter 13 weibliche. Die Weißwurst dieser Fälle gehabt 167 mal durch Angehörige, darunter 122 mal oder in einem Drittel aller Fälle durch die Frau, 30 mal durch den Trinker selber, 43 mal seitens der Rechtsaufsichtsstelle, 21 mal vom Analogericht, je 4 mal durch die Landesversicherungsanstalt und die Armenbehörde, 3 mal durch die Zeitschrift für private Fürsorge, je 1 mal vom Polizeiamt, dem Zugendamt und vom Weiblichen Arbeitsamt und 118 mal durch den Trinker nicht verwandte Privatpersonen. Der Familienstand unserer Schuhbehörden war zur Zeit ihrer Meldung folgender: 332 oder gegen 85 Prozent waren verheiratet, 34 ledig, 21 verwitwet und 6 geschieden. Von den Verheirateten leben aber bereits 36 oder gegen 11 Prozent getrennt. Seitdem sind noch 10 weitere ausgetandergangen und 28 haben sich gar gerichtlich scheiden lassen. Die Zahl der im Haushalt unserer Trinker lebenden Kinder belief sich 67 mal auf 1 Kind, 53 mal auf 2 Kinder, 48 mal auf 3, 30 mal auf 4, 27 mal auf 5, 31 mal auf mehr als 5 Kinder. Mehr als 750 Kinder wachsen also in einem Trinkhaushalt auf und waren dort den größten körperlichen und seelischen Gesetzen ausgesetzt. Die Zahl der aus den Eltern unerwähnt gebliebenen oder verheiratet gewesenen Trinker überhaupt hervorgegangenen Kinder konnte bisher in 36 Fällen ermittelt werden. Danach waren (alle Zahlen beziehen sich auf den Zeitpunkt der Meldung des Falles) 39 Eltern unfruchtbar geblieben und in den übrigen 1492 Kindern geboren, von denen aber nur noch 1035 oder 69,1 Prozent am Leben waren; 457 waren bereits, meist klein, wieder verstorben. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 waren von allen lebenden geborenen Kindern der in Lübeck zusammenlebenden Ehepaare noch 78,8 Prozent am Leben, das sind auf 100 Kinder 9 mehr. Die Trinkeltern sind also bevölkerungspolitisch in hohem Maße minderwertig, eine Tatsache, auf die immer wieder hingewiesen werden muß. Den Alter nach waren von unseren Trinkeltern: unter 20 Jahre 1, zwischen 21 und 30 Jahren 42, zwischen 31 und 40 Jahren 126, zwischen 41 und 50 Jahren 124, zwischen 51 und 60 Jahren 78, über 60 Jahre 22. Wie lange unsere Trinker schon dem Trunk ergeben waren, liegt in 300 Fällen feststellen. Danach tranken länger als 30 Jahre 17, 20 bis 30 Jahre 43, 10 bis 20 Jahre 123, 5 bis 10 Jahre 61, 1 bis 5 Jahre 12, kürzere Zeit 12. Es waren also nicht weniger als 185 oder annähernd 62 Prozent schon nicht als 10 Jahre trunksüchtig, 171 mal hatten bereits die Vorjahre dieser Trinker gebrüten, 95 mal dagegen nicht. Danach sind also fast 60 Prozent von ihnen als erblich belastet anzusehen. Die Frage nach der Ursache der Trunksucht erhielt 254 mal eine Antwort. 192 mal wurde Verführung, Ungewohnheit oder Verhissung angegeben, 54 mal Not und Unglück und nur 8 mal krankhafte Anlage. Die Angaben können leichtverständlich nur mit großer Vorsicht bewertet werden. Doch scheint es, als ob die Not stärker zum Trunk führt als man vielleicht annehmen will. 146 Trinker tranken regelmäßig, 69 dagegen nur periodisch. 27 konsumierten Bier und 129 Kämmel, während 52 keine Vorliebe für bestimmte Getränke an den Tag legten. Entmündigungsanträge hat die Trinkfürsorgestelle, wie sie berichtet, bisher 142 veranlaßt, davon 16 gegen Trinker, die bereits in Haft befindlich waren, die Erfolge der Bemühungen der Trinkfürsorgestelle werden folgendermaßen zusammengefaßt: 3 unserer Trinker leben jetzt über 7 Jahre, 4 über 6 Jahre, 8 über 5 Jahre, 6 über 4 Jahre, 3 über 3 Jahre, 2 über 2 Jahre und 1 über 1 Jahr völlig entfalkt. Diese 27 d. J. 9,7 Prozent jüngster in unserer Fürsorge befindlichen mit Ausnahme der gestorbenen und verzögerten, hoffen wir als "geheilt" betrachten zu können. Im Vorjahr waren es nur 24. Organisiert waren 19 von ihnen, 65 weitere waren nicht völlig entfalkt, führten sich aber trotzdem gut.

Ein Arbeitsauschlag der Ludendorff-Spende für die Kriegsverletzten ist hier am letzten Sonntag eingefügt worden. Wie in der betreffenden Sitzung mitgeteilt wurde, bewilligte das Hochwerk 100 000 M., das Haus Postsehl 200 000 M. Die Arbeiter des Hochwerks haben beschlossen, einen halben Tagesspenden an die Ludendorff-Spende abzuführen.

Die Wiedereröffnung der Badeanstalten. Das Polizeiamt macht bekannt, daß die Freibäder an allen Badeanstalten am 1. Mai d. J. eröffnet werden. — Am gleichen Tage werden auch die gegen Entgelt zu benutzenden Badeanstalten Haltebadum und Krähenteich ihrer Bestimmung wieder übergeben.

Volksstückliches Konzert. Das letzte volksstückliche Konzert findet ausnahmsweise am morgigen Mittwoch statt. Mit ganz besonderer Freude werden die Besucher es begrüßen, daß Herr Konzertmeister Santo noch einmal als Solist auftritt. Der Künstler spielt Max Brüns zweites Konzert in d-moll. Die orchesterlichen Darbietungen des Abends bestehen im ersten Teile in Spohrs Operette in ernstem Stile und den von Thieriot für Streichorchester gesetzten deutschen Tänzen von Franz Schubert. Der zweite Teil enthält zwei Melodien für Streichorchester von Raempf, Neinedes Ouvertüre "Friedensfeier" und Humperdincks Traumpantomime. Den Beifall des Abends macht Liszt's erste Kapferspiele.

ki. Stodesdorf. Die Klagen über die unzureichende Verteilung der Milch reißen nicht ab. Viele Familien erhalten an manchen Tagen garnicht. Am Sonnabend wurde von der Meierei einfach keine Milch geliefert; erst am Spätnachmittag nach einer Reklamation kam solche. Ob die Kinder Milch erhalten oder nicht, weißt der Lieferant gleich zu sein. Hier steht anscheinend eine schwere Kontrolle überhaupt, um die Abgabe der Milch besser zu regeln. Ubrigens hat doch Regierungspräsident Dr. Meyer weitgehende Versprechungen gemacht bezüglich der Milchversorgung. Hoffentlich werden wir nicht enttäuscht. — Eine Abstimmung soll in der Zeit vom Mai bis einschließlich September erfolgen; wer nicht abgibt, wird mit Zuliefererziehung gestrafft. Leute, die es haben, erklären jetzt schon: "Läßt die mir ihren Zunder behalten, ich tausche mit nächstens welchen ein." Hoffentlich paßt man diese Leute noch. Jetzt verspricht man den Hühnchen auch wieder Futter; in zwei Jahren mindestens gab es kein Futter für Hühner. Infolge des Antrages zur Landbeschaffung sind die Landkreisen enorm gestiegen. Es wäre sehr zweckmäßig wenn die Regierung einmal ihr Augenmerk hierauf richten würde. — Arbeiter, Parteidienstler, organisiert und werbt tüchtig für die Partei, die politische, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Organisation, dann sind wir in der Lage, eine Besserung zu erzielen. Niemand, der

die Hände in den Schöß legt und jammert, wird für voll angesehen. Wir Arbeiter haben alle Ursache, auf dem Posten zu sein. Mölln i. L. Aus der Partei. In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins am 28. April erläuterte der Vorsitzende den Quartals- und Jahresbericht. Die vom Zentralvorstand angeregte Beitragsschöhung wurde nach Begründung durch den Gen. Bischoff-Ullona und den Vorsitzenden nach längerer Debatte einstimmig beschlossen. Am 11. Mai soll eine öffentliche Versammlung stattfinden.

Lüderdorf. Ein sehr eindrücklicher Unfall ereignete sich an der Münsterdorfer Straße. Der siebenjährige Knabe Hermann Krohn, dessen Vater im Felde gefallen und dessen Mutter im Moor arbeitete, wollte zwischen zwei aneinander geloppten Lastwagen des Fuhrmannes Thormann auf die Deichsel springen,

um mitzufahren. Er kam jedoch dabei zu Fall und der hintere 5000 Pfund schwere Wagen fuhr dem Knaben über den Leib, wobei er schwere Verletzungen der inneren Organe erlitt. Bald erlöste der Tod das Kind von seinen entsetzlichen Qualen.

reife, bezaubernde Kunst Santos als ausgesuchter Geiger triumphierte. Der Schluss bildete die sehr umfangliche, aus acht Säcken bestehende Hochzeitserenade (Haffner-Serenade), die viel Überzeugung bietet. Bei ihrer Wiedergabe konnte Herr Santo die Scherze meisterhaft zur Geltung bringen. Herr Dr. Göhler ließ keine ganze Kraft, die aus echtem und tiefem Können und Empfinden schöpft, für die Wiedergabe der Mozartischen Werke ein und das Orchester folgte ihm mit Eifer und Verständnis. So war der Abend ein Genuss und voller Erfolg.

Berantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarzk. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

An unsere Anzeigenbesteller!

Infolge der vom 1. April ab wiederum erheblich gestiegenen Papierpreise sehen sich die Verleger der lübeckischen Tageszeitungen gezwungen,

vom 1. Mai 1918 ab

eine weitere Erhöhung der Anzeigenpreise vorzunehmen.

Die Aufnahmegebühr in den „Lübecker Volksboten“ beträgt von dem genannten Zeitpunkt ab für die einschlägige Beilage:

für Anzeigen aus Lübeck und Umgegend	40 Pf.
für Arbeits- und Wohnungsanzeigen aus dem gleichen Gebiet	30 Pf.
für Anzeigen von auswärts, einschließlich Stellen- und Wohnungsanzeigen aus diesen Gebieten 45 Pf.	

Lübeck, 30. April 1918.

Der Verlag des „Lübecker Volksboten“.

Bitte ausschneiden!

Bekanntmachung.

Am 1. Mai ds. Jrs. treten folgende Veränderungen des ab 1. März 1918 gültigen Fahrplanes ein:

a) Auf der Strecke Geibelplatz-Bahnhof wird, um den Fahrgästen der Linie 14 und 15 einen direkten Anschluß nach und von dem Bahnhof zu ermöglichen, ein Pendelbetrieb eingereicht.

Diese Wagen führen die Linien-Nummer 7.

Absfahrt der Wagen.

Ab Geibelplatz:	Ab Bahnhof:
7.08, 7.43, 8.18, 8.28, 8.43, 9.03, 9.28, 9.43, 10.03	7.15, 7.56, 8.07, 8.27, 8.47, 9.07, 9.27, 9.47, 10.07, 10.27, 10.47 und weiter alle 20 Minuten bis 9.05
10.23 und weiter alle 20 Minuten bis 9.05	

An Sonn- und Festtags-Nachmittagen oder wenn aus sonstigen Anlässen (in der Festsalle stattfindenden Konzerte etc.) ein stärkerer Verkehr zu erwarten ist, werden diese Wagen zwischen Bahnhof und Festsalle verkehren.

b) Linie 1. Der regelmäßige 10-Minuten-Verkehr wird bis abends 8.00 ab Roockstraße und 9.00 ab Ratzeburger Allee ausgedehnt.

c) Linie 2. Der regelmäßige 10-Minuten-Verkehr beginnt 9.20 ab Kirchhof und 9.51 ab Krankenhaus und wird bis abends 8.00 ab Kirchhof und 9.00 ab Krankenhaus ausgedehnt.

Als Spätwagen verkehren: 10.00*, 10.40**, 11.00***.

Bezüglich der Spätwagen erhält die „Anmerkung“ folgende Fassung:

* Abwarten Theaterschluß an der Beckergrube.

** Fährt über Geibelplatz nach Bahnhof, abwarten Zug 12.00 von Berlin.

*** Fährt über Geibelplatz nach Bahnhof, abwarten Zug 12.00 von Hamburg.

d) Linie 3. Der regelmäßige 10-Minuten-Verkehr wird bis abends 8.00 ab Merli und 9.00 ab Krempelsdorf ausgedehnt.

e) Linie 4. Der letzte Wagen ab Bahnhof fährt 12.00***, der letzte Wagen ab Krankenhaus fährt 12.00**.

Die Anmerkung *** wird geändert in:

Abwarten Zug 12.00 von Berlin und 12.00 von Hamburg.

f) Linie 14. Der letzte Wagen fährt statt 12.00 um 11.00 vom Geibelplatz und statt 11.00 um 11.00 von Kücknitz.

g) Linie 15. Der letzte Wagen fährt statt 12.00 um 11.00 vom Geibelplatz und statt 11.00 um 11.00 von Schlutup.

Lübeck, den 29. April 1918. (2104)

Lübecker Straßenbahn.

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für Verbrauchszauber.

Auf Grund des § 14 der Bundesratseverordnung über den Verkauf mit Zinser vom 17. Oktober 1917 werden hiermit mit Wirkung vom 1. Mai 1918 ab unter Aufzehrung der früheren Höchstpreisfestlegungen für den Verkauf von Verbrauchszauber im Kleinhandel folgende Höchstpreise festgelegt:

1. Gemahlener Melis und feinförniger Kristallzucker 0.42 für 0.5 kg

2. Gemahlene Raffinade, feinförnig oder kristallartig 0.44 0.5

3. Standzucker (Rüdenzucker) 0.46 0.5

4. Preiswurst 0.44 0.5

5. Schnittmürzel und Rüdel Schnittmürzel 0.46 0.5

6. Brötchenzucker 0.46 0.5

ganz Brode in Originallumipüllung 0.44 0.5

in Stücken 0.46 0.5

7. Gelber und brauner Sandiszucker 0.52 0.5

8. Schwarzer und weißer Sandiszucker 0.54 0.5

Die Höchstpreise gelten in gleicher Weise für ausländischen wie für inländischen Zucker.

Zu den lübeckischen Kaufleuten darf mit Rücksicht auf die höheren Transportkosten die obigen Höchstpreise bis zu 2 Pfennig für das Pfund überschritten werden.

Lübeck, den 27. April 1918. (2105)

Das Polizeiamt.

Verkauf von holländischen Enten.

Bis auf weiteres werden vom Markthallenmeister vertraglich von 8.00 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorzehrung eines amtlichen Anwaltes Bestellungen auf holländische Enten eingegangen.

Der Preis beträgt Mt. 3.50 für das Pfund.

Eine Anrechnung auf die Fleischfarbe findet nicht statt. Die Ausgabe der Enten geschieht nur Mittwochs und Samstags von 8.00 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorzahlung.

Der Ernährungsausdruck.

um mitzufahren. Er kam jedoch dabei zu Fall und der hintere

5000 Pfund schwere Wagen fuhr dem Knaben über den Leib,

wobei er schwere Verletzungen der inneren Organe erlitt. Bald

erlöste der Tod das Kind von seinen entsetzlichen Qualen.

Theater und Musik.

Das leichte Sinfoniekonzert des Vereins der Musikkunde brachte gestern abend seinem verdienstvollen Leiter Dr. Göhler und dem leitenden Konzertmeister Toni Szanto große Ehrungen. Das Programm besteht Mozart mit drei Werken von hoher, unvergänglicher Schönheit. Die C-Dur-Sinfonie gehört zu seinen hervorragendsten sinfonischen Schöpfungen. In dem großen C-Dur-Konzert für Violine und Orchester, das mit allen musikalischen Reizen des Mozartschen Genius geschmückt ist, konnte die

Bekanntmachung

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Durch Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 24. April 1918 ist für ganz Nordwest-Deutschland eine Preiscommission gebildet worden zur einheitlichen Festsetzung der Erzeugerpreise sowie gemäß § 7 Absatz 3 der Verordnung vom 3. April 1917 auch zur einheitlichen Bestimmung der Groß- und Kleinhändelpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund des Beschlusses dieser Commission werden für das lübeckische Staatsgebiet folgende Preise festgesetzt:

Erzeuger- preis	Gruppe A		Gruppe B	
	Groß- händel- preis	Klein- händel- preis	Groß- händel- preis	Klein- händel- preis
1. Spargel	70 Pf.	90 Pf.	70 Pf.	90 Pf.
a) unsortiert	55 Pf.	105 "	130 "	105 "
b) Sorte I	85 "	70 "	90 "	70 "
c) II u. III	55 "	70 "	70 "	90 "
d) Suppen- spargel	25 "	35 "	35 "	45 "
2. Spinat	38 "	50 "	35 "	42 "
a) Blattspinat	38 "	50 "	35 "	42 "
b) Wurzel- und Dolden- spinat	20 "	26 "	35 "	30 "
3. Rhabarber nur mit Blattansatz von nicht über 8 cm Länge	18 "	22 "	15 "	18 "

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Die Erzeugerpreise gelten für das ganze lübeckische Staatsgebiet, die Groß- und Kleinhändelpreise der Gruppe A für die Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebiete, die Groß- und Kleinhändelpreise der Gruppe B für das übrige Staatsgebiet.

Sämtliche Preise treten mit dem 1. Mai 1918 in Kraft.

Auf Grund § 5 der Lieferungsverträge ist der Erzeuger, der Lieferungsverträge abgeschlossen hat, zur Lieferung auf Grund vorstehender Erzeugerpreise verpflichtet.

Die bisher gültigen Richtpreise für inländische, unter Glas verpackte Blattspinat sowie für vorgetriebenen Rhabarber treten mit dem 1. Mai außer Kraft.

Lübeck, den 29. April 1918. (2099)

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Eine Nachtragsbekanntmachung Nr. M. 971/8. 18 KRA. zur Bekanntmachung Nr. M. 1/9. 16 KRA. vom 1. September 1916 betreffend

Beitragserhebung u. Bestandsanmeldung von Blatt.

vom 30. April 1918 wird heute durch die amtlichen Regierungsblätter, durch die Polizeibehörden sowie durch öffentlichen Anschlag und Aushang veröffentlicht.

Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeistern und Polizeibehörden einzusehen.

Altona, den 30. April 1918. (2101)

Stellv. Generalkommando IX. M. R.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Konsumentverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Die neuen Lebensmittelkartenhefte

müssen

von unseren Mitgliedern in der Zeit

vom 1. bis 6. Mai

in unseren Warenabgabestellen

angemeldet werden,

worauf wir unsere werten Mitglieder aufmerksam machen.

2112) Der Vorstand.

Eupolin-Waschmittel.

Da die Gewebefaser durch „Eupolin“ nicht angegriffen wird, wird dasselbe seine Bedeutung und seinen Wert auch im Frieden behalten.

Genehmigt vom Kriegsausschuß unter Nr. 2592.

Groß

dem Buch zu tun. Es will den Weg erledigen, den großen und bedeutenden Augenblicken seines Willens und Handelns immer nach sich. Seine Art lebt, was es menschlichem Leben bedeuten soll, innerhalb seiner Zeit die Masse der gesellschaftlichen Ereignisse in ihrem Entwicklungswert zu begreifen, sich gegen das bestehende ihrer nur äußeren Seite zu führen und sie durchdringend zu umfassen, um die eigene Gewalt, die auf das Werk sozialer Befreiung abzielt, wirkungsstark an sie heranzubringen. Karl Marx schuf sich das Mittel dieser Arbeit, als er daran ging, Sozialismus und Arbeiterbewegung als geistiglich notwendige Einheit zusammenzuschweißen. Dieses praktische Ergebnis seines Geschichtsdenkens gab ihm den Entwicklungspunkt seines Gegenwartswirkens. Von solchem Punkt aus nach tausend Seiten auf die Wirklichkeit einzutun, heißt, sie zu ziehen, bis dem Geist der bewegenden Kraft zu folgen und nach dessen Willen sich zu wandeln.

Die große Entwicklungsrichtung gesellschaftlichen Werbens hat uns Karl Marx gewonnen. Sie gilt. Wie aber das Besondere, das jeder neuen Gegenwart auf dem Wege jener Richtung in anderen Aufgaben zutrifft, zu leisten ist, dafür hat Karl Marx durch den Gang seines politischen Kampfes ein menschlich starkes Beispiel gegeben. Aus Revolutionserfahrungen reiste ihm die wichtige politische Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse den Staat nicht einfach von der sie beherrschenden und im Augenblick herrschenden Macht übernehmen kann. Sie braucht ihr anderes und auch Zeit zum durchwirkenden Umbau haben. In solchem Wert aber gilt jeder Stein, der, dem großen Baustein organisch, auf die Männer gelegt wird. Darauf ließ die politische Praxis von Karl Marx hinaus. Was aber wir unserer Kriegereschißenden Gegenwart in solcher Art abgewinnen können, das hängt ganz davon ab, ob die Beweglichkeit unseres politischen Handelns dem heftigen Tempo der Ereignisse so gewachsen ist, wie Karl Marx es zu sein begehrte, als er der Bewegung der Arbeiterklasse den Geist seiner und tausenden drängenden Tatkräft einhauchte.

Friedenau. Franz Dieberich.

Ein Gedenktag des Buchbinderverbandes.

Vor 25 Jahren, am 1. Mai 1883, erhielt der Buchbinderverband im wesentlichen die Grundlage seiner jetzt noch bestehenden Organisationsform als Zentralverband. Ein Zentralverband war eigentlich insofern auch schon vorher, als sich im Jahre 1882 die Buchbindervereine Deutschlands zu einem Verband der Buchbindervereine zusammengeschlossen hatten. Allein die Vereine blieben selbständige, die sich vom Verband trennen konnten, wenn es ihnen beliebte, und die nur durch das Band der Reiseunterstützung, des gemeinsamen Verbandsblattes und des Verbandsvorstandes ihren Zusammenhalt erhalten, die aber sonst ihre Bemühungen selbst festsetzen konnten und mit einem Monatsbeitrag von 10 Pf. jüngst 50 Pf. an den Verbandsverband abführten. Mit dem 1. Mai wurde der Buchbinderverband ein Verband von Einzelmitgliedern, die sich in Ortsvereinen (Zahlstellen) zusammenschließen konnten.

Aber nicht alle Vereine wünschten den festen Zusammenschluß an, so blieben beispielsweise die sächsischen Vereine außerhalb des Verbandes, woran allerdings zum überwiegenden Teile das damalige sächsische Vereinsgesetz, das den Zusammenschluß der älteren Vereine verbot, schuld war. Daneben wünschten sich, wie in anderen Berufen, aber auch grundsätzlich Situationsgeltend, die eine politisch-wirtschaftliche "Einheitsorganisation" befürworteten und zwar auf örtlicher oder lokaler Grundlage, um bei einer Schließung durch die Polizei nicht den ganzen Zentralverband zu gefährden. Die "Lokalfäden" hatten ihre Stützpunkte in Berlin, vor allem aber in dem kurfürstlichen Sachsenverein. Beide in Leipzig war es den Verbandshäusern schwer, gegen den allgemeinen Sachverein den allmählich Boden zu erobern. Doch in einigen Jahren lebte nur die zentralistische Föderation überall durch die Lokalfäden verschwunden ausnahmslos über sie wurden zu Verbandscremen umgesetzt.

Allerdings war eine solche Entwicklung nicht von Anfang an ohne weiteres gegeben, denn der Verband zählte bei seiner Gründung im Jahre 1883 nur 2528 männliche und 210 weibliche, zusammen also 2738 Mitglieder. Die "Buchbinders-Zeitung" dagegen hatte 1900 4000, wenon 1000 318 Pf. in den Österreich vertrieben. Die Zahl der gültigen Fortsetzungen im gleichen Jahre belief sich auf 180 für 2018 Betriebe mit 32 619 beschäftigten Personen.

Weiterhin des Krieges war der tiefste Stand der Mitgliederzahl im März 1917 mit 5290 männlichen und 11 335 weiblichen zusammen also mit 16 625 Mitgliedern zu verzeichnen. Am Schluss des ersten Vierteljahrhunderts 1918 dagegen zählte der Verband 5532 männliche, 14 889 weibliche, insgesamt 20 371 Mitglieder. In der Zwischenzeit beträgt das Vermögen rund 111 Millionen Mark. In den örtlichen Häusern sind 400 000 Mark.

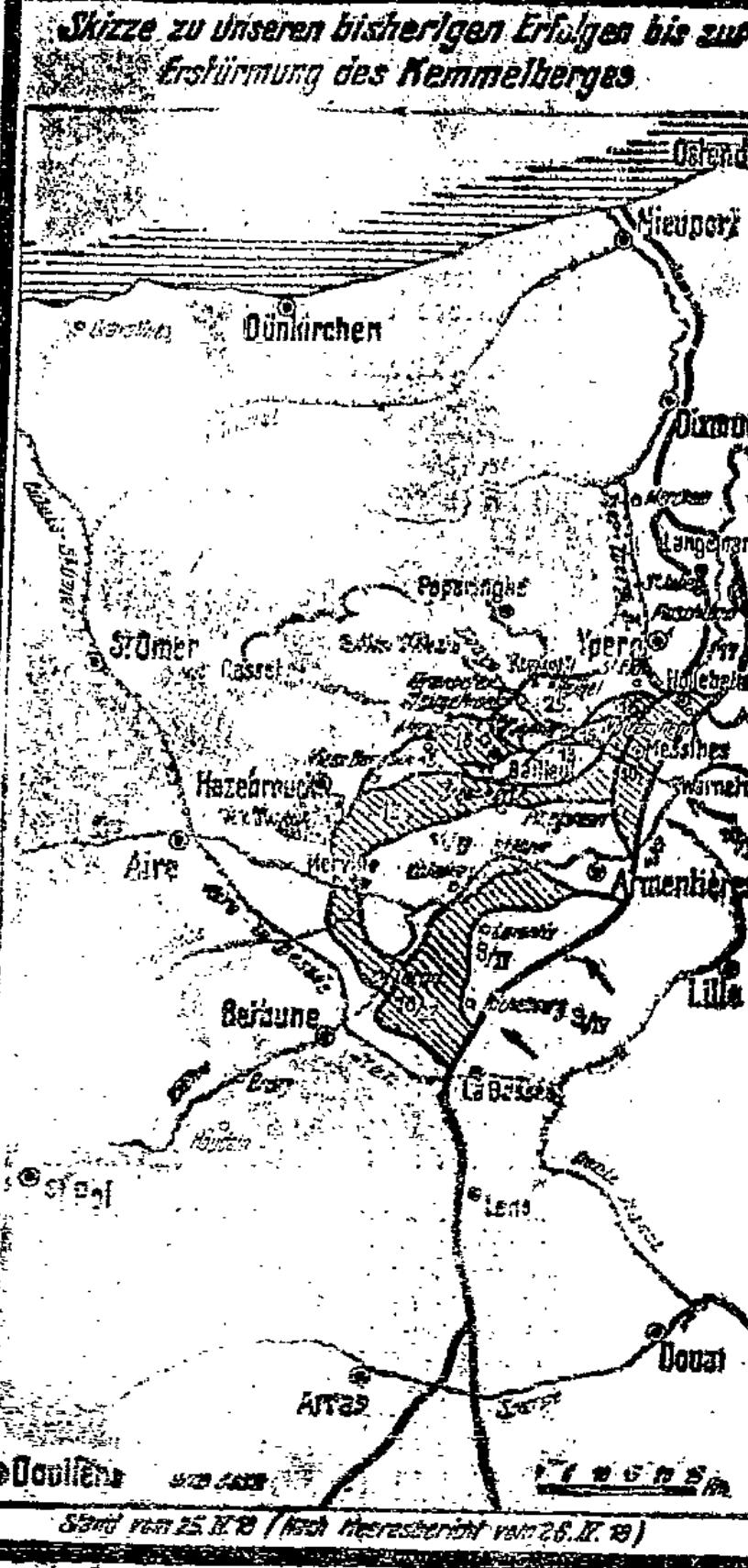
Wie es einfältig zu machen, ging Dietrichs offens in die Kirche und im Wittenhaus zum Baldhorn unterschrieb er sich dies mit dem Partner, und dieser legte sich zu den Kriegsleuten und zu anderen. So habe der Dietrichs gerügt, es gelangt unter seinem Parteienbündnis zu ein demokratisches und glänzendes Gemüth, und dabei sei er ein guter politischer Konservativer. Dietrichs war kein Konservativer, er war zu sehr monarchistischer Rettung und dachte sich zu gehabt über alle unter sich, als daß er eine Gleichberechtigung überfordert hätte; nur in Sachen der Konservativen stand er dann ab. Die Ehe, von so vielen erwartet zu werden, konnte ihn jetzt noch weniger, als von der hohen Reputation erwartet zu werden. Konservativen steht sogar auf Marthe, die mit ihrem zufriedenen und zufriedenen Gesicht den brauen Mann oft aus dem Hause treibt. Es muß aber zur Ehre Dietrichs gestellt werden, daß er immer eingetauchtes Einsichtsgefühl, durch Unergründlichkeit gegen andere erhaben zu werden, aber so lebt war er bereits in innen Konservativen, daß er diese eintritt. Dietrichs für ein besonderes Opfer hielt, wodurch ihm der Gedächtnis nicht erschließen dürfte. Dietrichs hielt sich überzeugt, daß im Konservativen auf und tritt, über vor geschworenen ein zweites Gesicht, und ein noch viel wichtigeres als das eigentliche. Dietrichs partei eine Hoffnung auf dem Konservativen und der ohnedies gescheiterte und gescheiterte Konservativen Partei war kein Heil, denn er zum Konservativen dieses zweiten Gesichts zu haben, nämlich also, daß Dietrichs hier nicht seine Erfahrung hat, wie sonst nötige, daß er ließ sich diese genommen. Im Baldhorn war er nun jedesmal den Konservativen an die Sichtung für eine drängende Schild, die er mit der erworbenen besten Sichtung gefüllt hatte, gleichzeitig aus, aber noch andere Sichtung kamen, in die er nur kurz hörte und die er auf dem Konservativen in diesen Situationen verwirrte, welche der Konservativen Konservativen, bald bald wieder hörte er die Sichtung in dem Konservativen, und wenn die Konservativen wohl tiefer mit ihm alles befreien wollte, hatte er hundertmal das Konservativen Marthe, sie sollte nur um ihre Sichtung leben, so wie sie eben, besonders auf einen Konservativen und diese durch die Konservativen Sichtungen des Lebens bestimmt. Balden erlitten Dietrichs in diesem sehr ausgetretenden, eindrücklichen Prozeß als erster. Marthe war dort zugetreten, bezog er diese Drangsal, und auch zur Konservativen darüber zu führen, was er eigentlich nie recht im Sinn gehabt; war daß er jetzt als so er hundertmal fiktiven Konservativen.

Gelehrte jetzt

Bei der Sichtung niedergeschlagen. Vor einem bisher noch unerhörten Tode wurde in der Stadt zum Sonntag in Berlin der Universitätsprofessor Hermann S. an der Seite des Konservativen und Konservativen durch einen Konservativen Konservativen verletzt. Der Getroffene war der in der Nähe gelebten Universität gebracht, wo er verstorben. Sichtungen nahmen die Verfolgung des Täters auf, doch gelang es diesem, im Sichtung der Konservativen zu entkommen.

Der Konservativen auf dem Redner. Die Zahl der Opfer des

Konservativen auf dem Redner, wie bei Ober-Spitalen, be-



SKIZZE VON 25. XII. 18 / NEbst Bericht vom 26. XII. 18

Das sind Zahlen, die wohl den Beweis dafür liefern, daß die Form des Verbandes sich in allen Stürmen bewährt und dem Geiste des Fortschrittes weise Bahn geöffnet hat. Über der Wahlreichweite der Interessen seiner Mitglieder hat der Verband seine Arbeitserfolle im allgemeinen nicht außer acht gelassen, weder im Rahmen der freien Gewerkschaften Deutschlands, noch in Bezug auf internationale Solidarität. Ihm ist darüber auch das Internationale Buchbinderverband seit dessen Gründung im Jahre 1907 anvertraut; sein Vorsitzender ist zugleich Internationaler Sekretär. Während des Krieges ist natürlich keine legitime Aufgabe in den Hintergrund getreten, da es vor allen Dingen galt, das deutsche Wirtschaftsleben vor dauernden Säädigungen zu bewahren und sich den neuen Verhältnissen anzupassen, wobei natürlich der Nachdruck auf die Wahrung deutscher Arbeitersinteressen, die mit dem Wohl des ganzen Landes eng verbündet sind, gelegt werden mußte. Der Verband darf mit Erneuerung des Wahlrechts, um endlich zu vernünftigen Zuständen zu gelangen.

Einen seltsamen Streit trieb das Schicksal einer Kriegerin.

frau in Mainz. Nachdem sie festgestellt hatte, daß alle ihre

Sendungen an ihren im Felde stehenden Mann ausgelöscht worden waren, legte sie in das neue Paket einen Befehl mit

folgender Warnung: „Wer, wenn du diese Sachen auch wieder frischt, so mußt du voran verzenden.“ Der „fromme“ Wunsch verfehlte nicht seine Wirkung, hatte aber doch eine weitere Folge, die die resolute Frau sicher nicht vorhersehen hatte. Das Paket kam diesmal vielleicht unerkannt an seine Adresse. Der Postbeamter mochte der Sache nicht recht trauen, denn er fürchtete wohl Gift. Der Krieger aber war nicht wenig erstaunt, als er die ihm unverhoffte Drohung seiner Kriegerin sah. Er wagte es ebenfalls nicht, die überausen Schwere zu genießen. Erst nachdem man seine Frau auf seinen etwas erstickten Brief beruhigend geantwortet hatte, konnten die überstandenen Gaben ihre gewollte Bestimmung.

Gebündnis des Mörders Löwenthal. Der durch Erstürmen hingerichtete Raubmörder Gebhardt in Zweibrücken, der den Berliner Kaufmann Löwenthal ermordete, hat dem Geistlichen ein volles Geständnis für den ersten Staatsanwalt diffiniert. Er bekannte, daß es ein wohlgeplanter überlegter Raubmord war, an dem auch sein Vater beteiligt gewesen ist. Dieser allein wisse auch, wo die geraubten 40 000 Mark versteckt seien. Er hat auf dem Richtplatz das Geständnis wiederholt und das Urteil als wohlverdient anerkannt.

Erst das Bild! Aus dem bayerischen Oberland wird der „Münchener Post“ geschrieben: „Die im Interesse der Heeresversorgung durchgeführte Heubeschaffung hat bei den betroffenen Bauern sehr gemischte Gefühle ausgelöst. Die Bauern wollen nicht begreifen, daß ihnen das für den Betrieb der Wirtschaftlichkeit unentbehrliche Heu nur in so knappen Mengen belassen wird, daß die Erhaltung ihres Viehbestandes gefährdet wird. In schwierigem Widerspruch dazu steht die Tatsache, daß in den Jagdheuflächen heute so viel Heu wie noch nie eingelagert ist. Warum werden die hohen Jagdherren nicht wie sonst in Zeiten großer Heuknappheit veranlassen, die Wildbüttelung durch Umlegen von Bäumen zu ermöglichen, sodass sich das Wild durch Dären ernähren kann? Dabei wird sehr darüber gesagt, daß beispielweise in der Gegend um Tegernsee trotz aller gegenseitigen Versicherungen von den herzoglichen Jagdherren fast gar kein Wild abgeschossen wird, sodass die Bauern auch noch über stark überhandnehmende Wildschäden zu beschweren haben.“ Dem „bedrängten Unternehmensstand“ nimmt der bayerischen Bauern wird es stets unbegreiflich erscheinen, daß gewisse mächtige Stellen die Mutter der Hirsche und Rehe für wichtiger halten als die der Kühe.“

Noch Anzüge zu holen sind. Die Reichsbekleidungsstelle sucht 1 Million Anzüge für industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter. Diese Anzüge sollen zunächst durch den Versuch der freiwilligen Abgabe seitens der Abnehmenden aufgebracht werden. Dass man bei einem Angriff auf die Kleiderkramme der Bevölkerung nicht zaghaft zu sein braucht, beweisen Verhandlungen in der Schiedsgerichtsinstanz zu Köln. Dort berichteten Schneidermeister gern, es sei nicht selten, daß sich Kriegsgewinner zehn Anzüge machen ließen. Ein Schneidermeister gab an, es seien ihm jüngst von einem solchen Elternrat elf Posten verschiedener Stoffe zur Auswahl für einen Anzug für den herren Sohn vorgelegt worden. 10 Anzugstoffe hielten diese Hersteller also noch in Reserve. Eine Dame habe, kurz ehe die Bezugsscheine eingeführt wurden, fünfzehn Kostüme aus einmal gekauft. Allerdings wurde erklärt, das seien keine Anzüge. In den Kleiderläden zahlungsfähiger Privater liegen große Posten Anzüge und Kostüme aufgestapelt.

Beramörlisches Rebattier: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz, Dr. Friedr. Meyer & Co. Sömmlich in Lübeck.

trägt mehr als zwanzig. Man befürchtet, daß sich die Zahl noch erhöhen wird. Das Unglück hat sich nach Schilderungen von Augenzeugen folgendermaßen abgespielt: In der Nähe der Fähre befindet sich ein Sportplatz, auf dem ein großes Fußballspiel stattfand, dem Tausende von Zuschauern beiwohnen. Am Abend brachte sich die Menge zum Flusse hin, um den Fähre über den Neckar zu kommen. Das Fährboot, das für höchstens 30 Personen bestimmt war, beluden bei einer dieser Fahrten mehr als 50 Personen. In der Mitte des Flusses kippte das Boot um. Etwa 30 Personen konnten sich retten, die anderen wurden von der Strömung fortgerissen. Nach langerem Suchen wurden zunächst nur drei Leichen geborgen. Es wurden Militär- und Sanitätsmannschaften aufgeboten, mit deren Hilfe die Nachforschungen bis spät in die Nacht fortgesetzt wurden. Bei Tagesanbruch wurden die Bergungsarbeiten wieder aufgenommen. Die Zahl der aus dem Wasser geborgenen Ertrunkenen erhöhte sich noch und nach auf 20, eine Zahl, die sich wahrscheinlich noch erhöhen wird, da noch vermisste Leute als vermisst gemeldet sind. Unter den Vermissten befindet sich eine Anzahl jüngerer Leute, die an dem Fußballspiel teilgenommen hatten. Es sind aber auch mehrere ältere Männer und Frauen, sowie einige Kinder ertrunken. Die Katastrophe ist zweifellos dadurch herbeigeführt worden, daß das elektrisch betriebene Fährboot in ganz unzulässiger Weise überfüllt war. Es fehlt auch an jeglicher Aussicht.

Liebesdrama. Die 24-jährige Tänzerin Frieda Stange vom Stadtheater Stettin unterhielt mit dem 18-jährigen Laufburschen Kurt Hilbert seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis. Bei einem Wortwechsel gab Hilbert vier Schläge auf die Stange ab. Der hinzuerufene Arzt konnte nur den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Hilbert hatte sich sofort nach der Tat einen Schuß in den Kopf beigebracht. Auch er ist seinen Verletzungen erlegen.

Mutter auf die Straße gesetzt. In einem Eingesaß der Schivelbeiner Kreiszeitung (Pommern) heißt es:

„Ich erhielt am 18. d. M. folgendes Telegramm: „Mutter auf die Straße gesetzt. Befehligt. Die Polizei verhaftet.“ Ich kam am 19. morgens hier an und fand meine arme Mutter und Schwester im rauhen Morgen Nebel elend und leidend auf der Straße bei ihren Sachen liegen. Bis heute sind noch keine Anstalten gemacht, meine Mutter irgendwo wieder unterzubringen. Ich habe nun den staatlichen Organen von diesem Vorgehen Anzeige erstattet. Der Einsender Jürgen hinzu: „Es ist ein Stand, daß eine Mutter, welche 5 Wehrmänner in dieser schweren Zeit dem Vaterland als Streiter zur Verfügung stellen könnte, auf die Straße gesetzt wird. Ich protestiere vor der Öffentlichkeit gegen diese rohe Misshandlung einer alten Heldenmutter.“

Diesem Protest wird sich jeder anschließen, der noch ein menschlich führendes Herz in seiner Brust hat. Daß so etwas überhaupt vorkommen konnte, ist eine Schande für das deutsche Reich und beleuchtet wieder einmal in greller Weise die Zustände in Pommern. Da kämpfen 5. Söhne dafür, daß die Heimgebliebenen ihr Obdach behalten und in Ruhe schlafen können und derweilen sieht man die Mutter elend und elend auf die Straße. Hätten die Söhne daheim bleiben und für ihre Mutter sorgen können, so hätte es nie so weit kommen können. Wie konnte es die Behörde so weit kommen lassen! Ist das der Dank, den das Vaterland für die Kriegsteilnehmer übrig hat? Solche Zustände wären nicht möglich, wenn wir eine andere Verwaltungspraxis hätten. Auch in diesem Ereignis spiegelt sich die Notwendigkeit der Aenderung des Wahlrechts, um endlich zu vernünftigen Zuständen zu gelangen.“

Einen seltsamen Streit trieb das Schicksal einer Kriegerin. Frau in Mainz. Nachdem sie festgestellt hatte, daß alle ihre Sendungen an ihren im Felde stehenden Mann ausgelöscht worden waren, legte sie in das neue Paket einen Befehl mit folgender Warnung: „Wer, wenn du diese Sachen auch wieder frischt, so mußt du voran verzenden.“ Der „fromme“ Wunsch verfehlte nicht seine Wirkung, hatte aber doch eine weitere Folge, die die resolute Frau sicher nicht vorhersehen hatte. Das Paket kam diesmal vielleicht unerkannt an seine Adresse. Der Postbeamter mochte der Sache nicht recht trauen, denn er fürchtete wohl Gift. Der Krieger aber war nicht wenig erstaunt, als er die ihm unverhoffte Drohung seiner Kriegerin sah. Er wagte es ebenfalls nicht, die überausen Schwere zu genießen. Erst nachdem man seine Frau auf seinen etwas erstickten Brief beruhigend geantwortet hatte, konnten die überstandenen Gaben ihre gewollte Bestimmung.

Gebündnis des Mörders Löwenthal. Der durch Erstürmen hingerichtete Raubmörder Gebhardt in Zweibrücken, der den Berliner Kaufmann Löwenthal ermordete, hat dem Geistlichen ein volles Geständnis für den ersten Staatsanwalt diffiniert. Er bekannte, daß es ein wohlgeplanter überlegter Raubmord war, an dem auch sein Vater beteiligt gewesen ist. Dieser allein wisse auch, wo die geraubten 40 000 Mark versteckt seien. Er hat auf dem Richtplatz das Geständnis wiederholt und das Urteil als wohlverdient anerkannt.

Erst das Bild! Aus dem bayerischen Oberland wird der „Münchener Post“ geschrieben: „Die im Interesse der Heeresversorgung durchgeführte Heubeschaffung hat bei den betroffenen Bauern sehr gemischte Gefühle ausgelöst. Die Bauern wollen nicht begreifen, daß ihnen das für den Betrieb der Wirtschaftlichkeit unentbehrliche Heu nur in so knappen Mengen belassen wird, daß die Erhaltung ihres Viehbestandes gefährdet wird. In schwierigem Widerspruch dazu steht die Tatsache, daß in den Jagdheuflächen heute so viel Heu wie noch nie eingelagert ist. Warum werden die hohen Jagdherren nicht wie sonst in Zeiten großer Heuknappheit veranlassen, die Wildbüttelung durch Umlegen von Bäumen zu ermöglichen, sodass sich das Wild durch Dären ernähren kann? Dabei wird sehr darüber gesagt, daß beispielweise in der Gegend um Tegernsee trotz aller gegenseitigen Versicherungen von den herzoglichen Jagdherren fast gar kein Wild abgeschossen wird, sodass die Bauern auch noch über stark überhandnehmende Wildschäden zu beschweren haben.“ Dem „bedrängten Unternehmensstand“ nimmt der bayerischen Bauern wird es stets unbegreiflich erscheinen, daß gewisse mächtige Stellen die Mutter der Hirsche und Rehe für wichtiger halten als die der Kühe.“

Noch Anzüge zu holen sind. Die Reichsbekleidungsstelle sucht 1 Million Anzüge für industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter. Diese Anzüge sollen zunächst durch den Versuch der freiwilligen Abgabe seitens der Abnehmenden aufgebracht werden. Dass man bei einem Angriff auf die Kleiderkramme der Bevölkerung nicht zaghaft zu sein braucht, beweisen Verhandlungen in der Schiedsgerichtsinstanz zu Köln. Dort berichteten Schneidermeister gern, es sei nicht selten, daß sich Kriegsgewinner zehn Anzüge machen ließen. Ein Schneidermeister gab an, es seien ihm jüngst von einem solchen Elternrat elf Posten verschiedener Stoffe zur Auswahl für einen Anzug für den herren Sohn vorgelegt worden. 10 Anzugstoffe hielten diese Hersteller also noch in Reserve. Eine Dame habe, kurz ehe die Bezugsscheine eingeführt wurden, fünfzehn Kostüme aus einmal gekauft. Allerdings wurde erklärt, das seien keine Anzüge. In den Kleiderläden zahlungsfähiger Privater liegen große Posten Anzüge und Kostüme aufgestapelt.

Beramörlisches Rebattier: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz, Dr. Friedr. Meyer & Co. Sömmlich in Lübeck.

Gelebte Nummer des „Vollboden“

bitter wie nicht wegzutun, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Besitzeren, die sein Parteiblatt zu machen.